

Der Obereisbacher.

Amts- und Anzeiger-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

28. Jahrgang.

Freitag, den 18. Juli

163

1919.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 16. Juli. **Präsident Friedrich Ebert** eröffnet die Sitzung um 9.55 Uhr. Die Beratung über den Verfassungsentwurf wird fortgesetzt. Es liegt ein Antrag **Agnes (USP)** und Genossen auf Einbringung eines Artikels 113a vor. **Abweisung der Todesstrafe** vor. Mit der Beratung dieses Artikels verbindet der Präsident die Beratung über einen Antrag **Agnes (USP)** zum Artikel 115 mit demselben Inhalt. **Sinsheimer (S)** führt aus, daß die Abschaffung der Todesstrafe eine alte Forderung freiheitlicher und religiöser Parteien ist. Der Staat muß den Grundlag praktisch vertreten, daß das Menschenleben an sich unzerstörlich ist. **Reg.-Kommissar Dr. Preuß:** Ueber die Todesstrafe wird entschieden werden müssen bei der unbedingt notwendigen Reform des Strafrechts. **Dr. Düring (DN):** Die besten Theoretiker und Praktiker, sowie auch die Strafrechtskommission haben sich in wiederholten Gutachten für die Beibehaltung der Todesstrafe ausgesprochen. **Dr. Kahl (DN):** Der Antrag ist zweifellos von Idealismus eingegeben, aber Ort und Zeit sind nicht richtig gewählt. Wenn ein Mensch nicht das Recht hat, einen anderen das Leben zu nehmen, so hat es doch der Staat zur Aufrechterhaltung seiner Sicherheit. Auch der heutige Staat macht ungenützt von diesem Rechte Gebrauch. Es kann der Staat gegen eine bestimmte Gattung von Verbrechern auf diese Macht nicht verzichten. **Dr. Cohn (US):** Die Abschaffung der Todesstrafe ist nicht eine Frage der Rechtspolitik, sondern eine Kulturfrage allerersten Ranges. Wir wollen Abwehr der Gewalt, Abwehr des Mordes, Schutz von Menschenleben gegen die Todesstrafe. **Haußmann (Dem.):** Wie werden, um die Verfassung nicht noch weiter zu belasten, diesen wie alle neuen weiteren Anträge ablehnen. Ich war von jeher ein überzeugter Anhänger der Abschaffung der Todesstrafe und werde es bleiben. Sie ist eine der wichtigsten Fragen bei der Reform des Strafrechts. **Dr. Kahl (DN):** Die Beibehaltung sprechen für die Abschaffung der Todesstrafe, denn sie ist grausam und schmerzhaft. Die Tölpel sagen: Wer Menschenblut vergießt, des Blut soll wieder vergossen werden. (Zuruf: Die zehn Gebote! Nichts nicht, auf daß Ihr nicht gerichtet werdet!) Die jetzige Zeit der Revolution ist die ungünstigste Zeit, die Todesstrafe abzuschaffen. Die Revolution ist grausam mit Menschenleben umgegangen.

Der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der Todesstrafe wird in namentlicher Abstimmung mit 154 gegen 129 Stimmen abgelehnt.

Artikel 117 behandelt das Recht der freien Meinungsäußerung und bestimmt dann weiter: Eine Zensur findet nicht statt, doch können für Lichtspiele abweichende Bestimmungen getroffen werden. Auch sind zur Bekämpfung der Schandliteratur und zum Schutze der Jugend der öffentlichen Schaustellungen und Vorbietungen gesetzliche Maßnahmen zulässig. Ein Antrag **Ruschke (Dem.) u. Gen.** will die Möglichkeit einer Filmzensur dadurch beseitigen, daß er gesetzliche Maßnahmen zum Schutze der Jugend gegen Schand und Schmutz in Wort, Schrift und Bild, sowie bei öffentlichen Schaustellungen, Vorbietungen und Lichtspielen zulassen will. Ein Antrag **Agnes (USP)** und Gen. will gleichfalls die Möglichkeit einer Filmzensur aufgehoben wissen. **Kahl (DN)** spricht sich für die Ausschussfassung aus. **Ruschke (Dem.):** Unser Antrag will das letzte Recht der Zensur, nämlich die Möglichkeit einer Filmzensur, beseitigen und damit die Befassung entlasten.

Reg.-Kommissar Preuß: Ich habe von vornherein erklärt, daß es sich empfiehlt, die Grundrechte in der vorliegenden Form anzunehmen. Ich habe mich aber dagegen gewehrt, daß der Entwurf noch mit neuen Anträgen belastet werden soll.

Der Abg. **Cohn** führt aus, daß der Vorstand der USA. im ersten Zusammenhang mit der Regierung arbeite. Bei der Reichskanzlei besitze sogar ein Filmbezugsamt, das aus dem Fonds des Reichspräsidenten, einer Art Korruptionsfonds, befristet werde. (Andauernde Schlußrufe.) Wenn die Filmzensur überhaupt einen vernünftigen Zweck hat, so ist es nur der Fall, wenn man hier der Jugendbildung dienen will.

Haußmann (Dem.): Der Antrag der Unabhängigen ist an sich vernünftig, aber in die Verfassung gehört er nicht.

Ministerpräsident Bauer: Die Ausführungen des Abg. Cohn über einen Korruptionsfond des Reichspräsidenten stehen im Widerspruch. Der Reichspräsident verfügt über einen Repräsentationsfond von 500 000 Mk. Selbst der Abg. Cohn muß zugestehen, daß er davon nicht die Filmindustrie unterstützen kann. Aus dem Hilfsfond der Reichskanzlei wird lediglich eine Informations-

stelle über den Film unterhalten, die monatlich 400 Mark kostet. Auch mit diesen 400 Mark, das muß selbst der Abg. Cohn zugeben, ist eine Unterstützung der Filmindustrie schwer möglich. (Beifall und Heiterkeit.)

Cohn (USP): Das Filmbezugsamt der Reichskanzlei hat natürlich keine andere Aufgabe, als die Filmvorführungen im Regierungsinteresse zu beeinflussen. (Lebh. Widerspruch und andauernde Schlußrufe.) In den Ausführungen des Abg. Haußmann bemerke ich, daß seine Angaben unwahr sind. (Große Unruhe.) — **Haußmann:** Meine Ausführungen entsprechen den Tatsachen und ich weise es als unrichtig zurück, daß der Abg. Cohn sie als unwahr bezeichnet hat. (Beifall.) — **Kahl (DN):** Ich kann die Nichtkritik der Feststellung des Abg. Haußmann beklagen. — **Deger (USP):** Der Abg. Haußmann hat meiner Produktion apostrophiert, daß uns hier agitatorische Beweggründe leiteten. (Minutenlanges „Sehr richtig.“) Auch wenn Sie noch so sehr brillen, weise ich diesen Antrag zurück. (Andauernde Unruhe.)

Art. 117 wird Johann unter Ablehnung sämtlicher Abänderungsanträge in der Fassung des Entwurfs angenommen.

Während der Abstimmung tritt plötzlich ein Besucher des 3. Ranges an die Bestuhlung und wirft ein großes Paket Flugblätter und ganze Karten in den Saal. Es entsteht große Unruhe. Die Flugblätter sind überschrieben: „Dadaisten gegen Weimar“ und tragen die Unterschrift: „Der Dadaistische Zentralrat der Weltrevolution.“ Auf den grauen Karten wird die Ankunft des Oberbada angekündigt. Der Zeitungsleser entfernte sich erregt sprechend, ohne behörden zu werden.

Ueber den zweiten Abschnitt des Grundgesetzes, der das Familienleben behandelt, berichtet Abg. Dr. **Bynne (S).**

Art. 118 stellt die Ehe als Grundlage des deutschen Familienlebens unter den Schutz der Verfassung. **Luppe (Dem.)** beantragt eine Fassung, in der „die Grundlage des deutschen Familienlebens“ fortgelassen ist, und außerdem der Mutterschaft Anspruch auf den Schutz des Staates gegeben wird. Eine ähnliche Fassung beantragen auch die Sozialdemokraten, die ferner den unehelichen Kindern die gleichen Rechte hinsichtlich Rechte, Erziehung und Erbe an Vater und Mutter geben wollen wie den ehelichen Kindern. **Dr. Luppe** beantragt den Zusatz zu Art. 119: „Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen

Gottfried Keller.

(Zu seinem 100. Geburtstag am 19. Juli.)

Am 19. Juli feiert die literarische Welt den 100. Geburtstag Gottfried Kellers, des größten Schweizerdichters. Wir wollen zunächst nicht des Künstlers, sondern des Staatschreibers — der er im Nebenamt war — gedenken, da über diese Tätigkeit Kellers nur wenig bekannt ist. Keinen Ausschluß hierüber findet man in den „Gottfried Keller-Anekdoten“, die Adolph Böglin herausgegeben hat. Da heißt es über seinen Amtscharakter: Nach einem Aufenthalt in Deutschland befand sich der Dichter in trübem Verhältnisse; er war ein wenig „verdummt“. Um ihm wieder etwas aufzuhellen, suchten seine Freunde ihm die Stelle des städtischen Staatschreibers zu verschaffen, die er denn auch wirklich erhielt. Da aber neben ihm noch eine Reihe anderer Kandidaten auf die Stelle gehofft hatten, die nach vieler Leute Ansicht mehr Anrecht darauf gehabt hätten, erregte diese Wahl mancherorts Unzufriedenheit; allein Kellers Freunde versprachen sich von ihm eine gute Amtsführung. Am Abend vor dem Tag, an dem er seine neue Stelle antreten sollte, war er in eine große Gesellschaft geladen und geschied dort wohl aus Freude darüber, endlich eine feste Anstellung gefunden zu haben, als gegen den Morgen. Natürlich erst: ten er dann um acht Uhr nicht auf seinem Posten. Dies warf nun gewaltig Staub auf; die Freunde Kellers in der Regierung tadelten sein Verhalten. Regierungsrat Hugentobler eilte um zehn Uhr nach der Wohnung seines Schöpfings, um den Schläfer zu wecken und erteilte ihm einen erschöpfenden Bericht. Es war aber der erste und der letzte. Früher war Keller



Gottfried Keller

die Pünktlichkeit und Pflichttreue selbst und wurde ein so wichtiger Staatschreiber, wie Zürich noch keinen zuvor gesehen hatte.

Wenn Keller seiner Sache sicher war, so ließ er sich von Niemandem deuten. Einmal hatte er ein Schreiben an die auswärtigen Kantonsregierungen zu verfassen und Konrad Schmid fertigte es an. Da kam Oberst Hegler, der damalige Regierungspräsident, dazu, sich des Schreibens an, korrigierte mit dem Bleistift daran herum und sagte endlich kopfschüttelnd: „Dieses Schreiben muß anders aufgesetzt werden.“ Darauf Keller: „Dieses Schreiben muß so bleiben wie es ist!“ Als der Herr Regierungspräsident sich entfernte hatte, brummte Keller vor sich hin: „Von dem ich ich mir keine Grammatikstunden geben.“ Die Angelegenheit kam vor den gesamten Regierungsrat; Kellers Fassung drang durch und gewann die Zustimmung aller — mit einer Ausnahme.

Wie hilfficher er war, geht auch aus folgender Einzelheit hervor:

Es war in einer Sitzung des Verfassungsrates. Keller verlas in ungehemmtem Fluß das Protokoll der letzten Sitzung. Plötzlich wurde er abgerufen und der zweite Sekretär ersucht, an seiner Stelle mit der Verlesung fortzufahren. Da bemerkte er zu seinem Entsetzen, wie Keller das Protokoll von einem halbleeren Blatt, nur aus ein paar flüchtigen Notizen abgelesen hatte, und erklärte, er könne Kellers Schriftzüge nicht entziffern. So mußte gewartet werden bis Keller wieder erschien und geduldig weiterlas.

Uns ist es heute ein Bedürfnis aus den Werken dieses herrlichen Deutschen Equidank zu schöpfen. Wie ein Prophet hat der Dichter, der das Werden seiner Zeit in seinen gleichmäßigen Verlauf gefaßt hatte, die Revolution vorausgesehen. In seinen letzten Lebensjahren wollte er noch ein Buch, dessen Entwurf jedoch über abgetragene Notizen nicht hinauskam, verfassen, in dem eben gerade die Revolution der „Klimaxpunkt“ werden sollte. Professor Emil Ermatinger, der die gediegene Jubiläumsgabe der gesammelten Werke Gottfried Kellers besorgt hat, hat diese schätzvollen Notizen gesammelt und in seiner gestellten Einteilung des Jubiläumswerkes Broden gebracht, die er mit dem zutreffenden Schlußsatz begleitet:

„Steht der Weise, der so tiefe und trostvolle Worte gesprochen, nicht auch heute mitten unter uns?“ Die Gedanken an die „Regeneration“ durch die Natur entsprangen seiner Überzeugung und der hohen Naturverehrung. Sein Blick drang ins Innere und sah die Gesetzmäßigkeiten des Lebens in Gestalt und Geschehen. Wie die Gesetzesform neben dem Naturreichtum sein Erleben und seine Stoffwahl bestimmte, so auch das denkende Geschehen in seinen Werken. Auch er hat wie Odysseus, der Dichtung Schüler aus der Hand der Wahrheit empfangen. In seinen Werken hat das Leben seinerzeit gesetzmäßig geschichtliche Deutung und Darstellung gefunden. Dem Reichtum der Natur steht der Staat als die vom Reichen geschaffene Rechtsform des gesellschaftlichen Zusammenlebens gegenüber. Das politische Erleben der 40er Jahre des vorigen Jahrhunderts hatte Kellers Lyrik gewirkt. Für jeden Leser Gottfried Kellers ist des Dichters Humor der Schlüssel, an dem der Gehalt seiner eigenen Seele sich unmissiglich erweist. Denn an ihm tut sich erst der ganze tiefe Reichtum seiner Naturhaftigkeit kund. Gottfried Kellers Dichtwerke werden unergänglich sein und uns niedergedrückten reichsdeutschen Landesleuten jetzt erst recht zum unverfälschten Heilwerden werden.

Keller-Literatur.

Als Jubiläumsgabe sind im Verlag v. S. G. Cotta-Stuttgart Gottfried Kellers „Gesammelte Werke“ in zehn geschmackvollen Bänden zum Preise von 68.50 Mk. erschienen. Die Ausgabe ist von Prof. Emil Ermatinger und Dr. Fritz Hengster-Zürich bearbeitet. Harmonisch in sich abgerundet liegt Kellers posthumes Lebenswerk vor uns. Eine gelungene biographische und literarische Einleitung Ermatingers geben dem Werk einen besonderen Reiz. Möge diese Jubiläumsgabe recht vielen der erstehende Vermittler Kellerscher Weisheit und Schönheit sein.

Gottfried Keller und die Schwaben von Dr. Theodor Müller. Kartonnier 4.10 Verlag von Strecker und Schröder, Stuttgart. Diese Schrift will die Beziehungen Kellers, die zwischen Gottfried Keller und dem Schwabentum bestehen. Es wird die Auffassung des Schwabentums in Kellers Dichtungen erörtert, und schließlich werden die Wirkungen des Dichters und seiner Werke auf das jüngere Geschlecht schwäbischer Dichter, wie Hoffe und Ehler, nachgewiesen. Den zahlreichen Keller-Verehrern sei diese Jubiläumsgabe, dessen empfohlen.

Die vorstehend besprochenen Bücher sind bei G. W. Jäger, Buchhandlung in Nagold, vorräthig, ebenso auch das im vorerwähnten Aufsatz erwähnte Werkchen „Gottfried Keller-Anekdoten“ von Adolph Böglin.

Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen wie den ehelichen Kindern".

Frau Zieg (U.S.P.) und Gen. beantragen: „Das uneheliche Kind trägt den Namen des Vaters und steht dem ehelichen Kinde gleich. Die Mutter des unehelichen Kindes hat den Anspruch, auch im Amtsvorrecht als Frau bezeichnet zu werden. Endlich liegt auch eine Entschädigung des Ausschusses vor: „Die Regierung möge einen Gesetzentwurf vorlegen, der die rechtliche und soziale Stellung des unehelichen Kindes in gerechter Weise neu regelt". Frau Kuhl (S.): Niemand hat das Recht, die uneheliche Mutter ohne den Schutz der Verfassung zu lassen. Frau Kuhn (S.): Ein Unterscheid der Ehe und anderen Verbindungen, die nicht auf Treue und Verantwortlichkeit beruhen, muß gemacht werden. Auch die Gleichstellung des unehelichen Kindes mit dem ehelichen geht zu weit. Frau Erdner (Dem.): Die Rechte der unehelichen Kinder sollen nicht in der Verfassung, sondern in einem besonderen Gesetz festgelegt werden.

Der vom Innenminister, Gröber und Gen. gestellte Antrag geht dahin, daß in einem besonderen Artikel 118a bestimmt wird: Die Mutterschaft genießt Schutz und Fürsorge nach Maßgabe der Gesetzgebung. Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die rechtlichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen.

Kunert (U.S.P.) fordert ein Reichsministerium für einheitliche Pflege der Volkshygiene.

Damit schließt die Besprechung. Abkündigung morgen. Nächste Sitzung Donnerstag 9 1/2 Uhr vorm. T. D.: Besetzungsentwurf. Schluß 1 1/3 Uhr nachm.

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 16. Juli. Präsident Reil eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr.

Am Regierungstisch: Justizminister Dr. v. Klene, Ministerialdirektor Dr. v. Köcker.

Im Einklang befindet sich eine Anfrage des Abg. Henne (D.D.P.) an den Arbeitsminister betr. das Handwerk und eine Anfrage Blach (D.D.P.) wegen Ausbildung der weiblichen Jugend in Hausarbeiten.

Bei Fortsetzung der Beratung des Haushaltsplans wird der Justizetat in Angriff genommen, worüber Abg. Resper (S.) berichtet.

Zetkin (U.S.P.): Der Justizminister möge seine volle Aufmerksamkeit der juristischen Seite der Maßnahmen zuwenden, die die Regierung gegen die seit 1. April, da die geschlossene Spartakusdruckerei getrossen hat, diese Maßnahme verstoßt gegen die reichsgesetzliche Gewerbeordnung und gegen das Pressegesetz. In Beschwerden gibt auch die Verhängung der Schutz- bzw. Untersuchungshaft Anlaß, die sich im Spartakusprozeß gezeigt haben. Wir haben den Eindruck, daß der Justizminister sich von einem idealen Monarchisten zum realen Republikaner entwickelt hat. — Dr. Bölg (D.D.P.): Es wäre an der Zeit, daß der übermäßigen Beschäftigung der Richter in Zivil- und Strafsachen Einhalt geboten würde. Bei Jugendgerichten soll auch die Lehrerschaft zu Schöffen herangezogen, sowie die Frage der Voruntersuchung genauer geprüft werden. Es kann keine Rede davon sein, daß der Stand der Rechtsanwältinnen finanziell günstig zu beurteilen ist. Wir unterstützen voll die gerechten Ansprüche der Kriegserwerbende die außerordentliche Opfer für die Allgemeinheit gebracht haben. — Präsident Reil vertreibt einen Antrag, der auch Frauen als Schöffen und Geschworene an den Gerichten heranziehen soll. — Schott (D.P.): Wir sind ebenfalls der Ansicht, daß die Untersuchungschaft viel zu lange dauert. Auch wir begrüßen den vorliegenden Antrag Resper auf Zuziehung der Frauen als Schöffen. Die Justizverwaltung möge die Aufschlagsverhältnisse der mittleren Beamten möglichst günstig gestalten. — Bok (Z.): Ich unterstütze voll und ganz die Ausführungen des Redneren. Bei der Rechtsanwältinnen besteht eine wirtschaftliche Notlage. Die Kernenprozesse haben sich sehr vermehrt, es fragt sich, ob nicht die Staatskasse diese Prozesse entlasten will. Wir stimmen dem Antrag Resper zu. — Scheer (D.D.P.): Die Regierung muß bei den Reichsbehörden im Sinne des Antrags Resper vorstellig werden. Die Ständekassen sollten veranlaßt werden, daß sie mehr Arbeiter heranziehen als bisher. Die von der Abg. Zetkin sachlich nicht berechtigten Angriffe gegen den Justizminister bedauern wir aufs lebhafteste. Er verdient den vollen Dank des Landes, daß er sich in schwerster Zeit der Regierung zur Verfügung gestellt hat. Auch das gehört festzustellen, daß er bezüglich seines Charakters sich nie in etwas vergebend hat. Justizminister Dr. v. Klene: Der Richter muß nicht nur von einem streng rechtlichen Empfinden, sondern auch von einem tief ausgeprägten sozialen Verständnis durchdrungen sein. Die Untersuchungschaft soll auf das unerlässliche Maß beschränkt und die Ermittlung in Hassischen möglichst beschleunigt werden. Ein besonderes Anliegen war und ist mir stets ein verständnisvolles, von vollem Vertrauen getragenes und möglichst reibungsloses Zusammenarbeiten der Justizbehörden und der Rechtsanwaltschaft, deren Notlage ich anerkennen muß. Ich bin mir bewußt, daß Mittel und Wege gefunden werden müssen, um der Anwaltschaft Erleichterungen zu schaffen, und habe mich zu diesem Zwecke mit dem Vorstand der Anwaltskammer in Verbindung gesetzt. Die Kammer vom 15. November hat nicht weniger als 27 116 Personen in Württemberg getroffen. Auf dem Gebiet der Verbesserung der Lage der Kriegserwerbende ist von der wirtl. Justizverwaltung mehr geschehen, als von jeder anderen Justizverwaltung im Reich. Eine zu frühzeitige Pensionierung würde ich als verfehlt ansehen. Die

verfügte Schließung der Spartakusdruckerei fällt in das Ressort des Polizeiministers. Um der Ueberlastung der richterlichen Beamten vorzubeugen, haben wir u. a. 14 elsaß-lothringische richterliche Beamte, darunter 6 Württemberg, in den wirtl. Justizdienst übernommen. Wir haben uns bei den Reichsjustizbehörden bereits für Verwendung der Frau beim Schöffendienst ausgesprochen. Wir in Württemberg haben nicht nötig, eine Warnung vor dem Rechtsstudium ergehen zu lassen. In diesem Jahr kann eine Genehmigung zum Eintritt in den mittleren Justizdienst nicht erteilt werden. — Bollig (Z.): Die Lehrer legen großen Wert auf die Beibehaltung der Lehrer zu den Jugendgerichten als Schöffen. Eine Erhöhung der Jugengerichte ist in gegenwärtiger Zeit sehr angebracht. — Winkler (S.): Ein großer Teil des Volkes versteht es nicht, daß die Richter die Rechtskonsultanten von den ihnen zuständigen Rechtsgeschäften zu verdrängen suchen. — Wurm (D.P.): Die Eidesverweigerung vor Gericht seitens solcher, die die Eidesleistung mit ihrer Weltanschauung nicht vereinbaren können, ist ein peinlicher Vorgang, der Eid wird zu einem Eintrittsbillet herabgemindert. Ich möchte anregen, die obligatorische Eidesformel in eine fakultative umzuwandeln.

Der Auschussantrag findet in der Fassung des Antrags Resper einstimmig Annahme. Danach soll das Staatsministerium ersucht werden, durch eine gleichmäßige Heranziehung aller Volksschichten, auch der Frauen, zu dem Amt als Schöffen und Geschworene darauf hinzuwirken, daß die Schöffenämter für Schöffen und Geschworene erhöht werden. Der Justizetat (Kap. 10-15) wird sodann genehmigt und hier abgetrieben. — Bei der ersten Beratung des Gesetzentwurfs über die Arbeiter- und Bauernräte bemerkt der Abg. Horning (U.S.P.): Wir stehen auf dem Standpunkt, daß das Rätegesetz nicht abgelehnt, sondern noch weiter ausgebaut werden muß. Die Grundzüge der Regierung bilden gerade die A- und B-Räte. Da diese Räte in der Regierung heute nichts mehr zu sagen haben, so sind wir nicht in der Lage, dem vorliegenden Entwurf zuzustimmen. — Zernicke (S.): Die Einbringung dieses Gesetzentwurfs hätte sich der Landtag ersparen können, wenn er feiner auf unsere Mahnungen und Warnungen geachtet hätte. Die Behauptung, daß die übergroße Mehrheit des Volkes für die Aufhebung der A- und B-Räte sei, ist eine irrige Auffassung. Der Rätegedanke wird in Deutschland Boden gewinnen. Wir legen aber noch im Streit mit unseren Freunden auf der äußersten Linken, welche Art von Räten einzuführen ist. Wir stimmen dem Gesetzentwurf zu. — Köberer (D.P.): Das Rätegesetz ist und bleibt ein Kind der Revolution und der russische Beispielschmach behauptet, daß nach dem eine gleichmäßige Grundlage in der Regierung und Volksvertretung vorhanden ist, brauchen wir die Räte nicht mehr. Wir können dem Entwurf nicht zustimmen. — Bok (Z.): Wir können uns in großer Mehrheit nicht entschließen, die Arbeit der A- und B-Räte wieder aus dem Grabe erheben zu lassen. Ein politisches Bedürfnis für das Fassen dieser Räte liegt gegenwärtig nicht mehr vor. — Hartenstein (D.D.P.): Wir werden dem Entwurf zustimmen, nicht weil wir eine besondere Begeisterung für diese Räte zum Ausdruck bringen wollen; denn die Tüchtigkeit der Räte war nicht immer einwandfrei. Wir wollen mit unserer Zustimmung nur anerkennen, daß der Landtag in seiner Sitzung vom 13. Juli von einer nicht zutreffenden Voraussetzung ausgegangen ist. — Zetkin (U.S.P.): Dieser Wunsch entspricht nicht den Wünschen der arbeitenden und bäuerlichen Bevölkerung. Alle Macht den Räten, das muß in den breiten Massen der Bevölkerung zum Ausdruck kommen; sie müssen die beratende, gesetzgebende und ausführende Macht werden. — Minister Dr. Lindemann: Alle Versuche, den Gegensatz zwischen unserer Auffassung und den Ausführungen der Abg. Zetkin zu überbrücken, werden scheitern. Ich bitte, dem Entwurf zuzustimmen. — Der Gesetzentwurf wird nach 3 Lesungen gegen die Stimmen der U.S.P. und D.P. angenommen. — Die Gesetzentwürfe über die russischen Kriegsgefangenen und Änderung des Polizeistrafrechts werden dem staatsrechtlichen Ausschuss überwiesen. Schluß 1 1/2 Uhr. — Nächste Sitzung Donnerstag 9 Uhr: Fortsetzung der Etatsberatung und Antragen.

Tagedenigleiten.

Die sozialistischen Proteste gegen den Gewaltfrieden.

Berlin. Dem Protest der Sozialisten Frankreichs, Englands und Italiens gegen den gewalttätigen Imperialismus der Entente am 21. 7. schließt sich der sozialdemokratische Parteivorstand an. In dem bezüglichen Aufruf an die Parteigenossen wird gegen die Pläne der Unabhängigen Front gedrückt, auch diese Angelegenheit zu einer Hege gegen die bestehende Regierung und zu einer neuen Beunruhigung des deutschen Volkes zu benutzen.

Zum Landarbeiterstreik.

Greifswald. Der Landarbeiterstreik im Landkreis Franzburg ist im Rückgang begriffen, da das Militär, welches die Güter besetzt hält, die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit anhält. Die Wiederaufnahme der Arbeit war dringend geboten, da die Rübsenernte in Gefahr gewesen ist, völlig zu verderben. Gestern besetzt u. a. für Wintergerste und Zuckerrüben. Von dem auf den Gütern eingeschickten Ausschuss des Landarbeiterverbandes wurden 15 Mitglieder verhaftet und nach Greifswald weiter transportiert.

Stettin. Die Stettiner Eisenbahner haben beschlossen, sich dem Generalstreik anzuschließen. Es sollen nur einige Lebensmitteltransporte fortgeführt werden, dagegen soll der Güter- und Personenverkehr aufhören.

Stettin. Der Generalstreik stellt sich als eine Ueberumpelung der Arbeiter durch die U.S.P. dar. Die Zeitungen erscheinen vorläufig nicht. Der Oberpräsident und der Zentralvorstand der Provinz Pommern haben die Ministerien telegraphisch um Aufhebung des Belagerungszustandes über Pommern gebeten.

In Stralsund ist die Bürgerchaft in den Abwehrstreik eingetreten. Sämtliche Geschäfte sind geschlossen. Dresden. Auch in verschiedenen Städten des Freistaates Sachsen muß mit dem Ausbruch ein Landarbeiterstreikes gerechnet werden. Auch hier sind heftige Agitatoren die treibenden Kräfte.

Zur Reichsfinanzreform.

Karlsruhe. In der Sitzung im badischen Haushaltsausschuss machte Finanzminister Dr. Wirth über die Konjunktur der Finanzminister der deutschen Gliedstaaten folgende Mitteilungen: Es soll die Gesetzgebung über sämtliche Steuerquellen nur dem Reich zukommen und die erzielten Einnahmen sollen nach einem noch aufzustellenden Schlüssel zwischen dem Reich, den Ländern und den Gemeinden unter Berücksichtigung der Lebensnotwendigkeiten aller Beteiligten verteilt werden. Die gesamte Finanzverwaltung der Abgaben soll von einer Zentralstelle einheitlich geleitet werden. Nach Auffassung des Finanzministers bedeutet dieses Belangen der Reichsregierung das größte Opfer, das man den Bundesstaaten zumutet. Das Reich beabsichtigt, die Bundesstaaten in einem noch zu bestimmenden Umfang an den Ertragsquellen gewisser Steuern wie Einkommensteuer, Erbschaftsteuer, teilnehmen zu lassen. Die Bundesstaaten hätten dann nach Gelegenheit, besondere Ertragsquellen oder etwaige Vergütungssteuer für sich auszubauen, sofern das Reich auf die bereits eingebrachte Vorlage einer Vergütungssteuer verzichtet. Aber auch die Gemeinden verlieren das Selbstbestimmungsrecht über ihre wichtigsten Finanzquellen. Sie werden nach der Meinung der Reichsregierung sich von den Bundesstaaten einen gewissen Teil der Einnahmen, die vom Reich erhoben werden, zubilligen lassen müssen. Damit wird die finanzielle Selbstständigkeit der Gemeinden im wesentlichen beseitigt. Sie werden einer strengen Aufsicht der Bundesstaaten hinsichtlich ihrer Ausgaben unterworfen.

Bamberg. Der Finanzausschuss der bayerischen Kammer hat gegen Erbauers Finanzreform Protest erhoben. Er steht in ihr die Untergang der finanziellen wie der politischen Selbstständigkeit der Einzelstaaten, auf welcher ihre Billigen und Gedeihen und des Billigen und Gedeihen Deutschlands gestützt war. Er erwartet einen Einhalt in allen Modifikationsplänen gegen die Einzelstaaten, da er hierin eine schwere politische Gefahr für das Reich und seinen Bestand erblickt.

Kleine Nachrichten.

Berlin. Paul „Vorwärts“ stimmte der Staatsauschuss in Weimar gegen einen Gesetz zu, wonach diejenigen Beamten, die mit der gegenwärtigen Haltung der Regierung nicht einverstanden sind, auf ihren Antrag sofort den Abschied mit Pension erhalten können, wenn sie 20 Jahre im Dienst gestanden haben.

Wien, 17. 7. Der bisherige deutsche Botschafter in Wien, Graf Wedel, hat gestern mit seiner Familie Wien verlassen.

Madrid, 17. 7. Reuters. Die Regierung ist am Mittwoch wegen der Abstimmung der Kammer über die Wahlminderbrüche zurückgetreten.

New-York. Hier ist ein Streik der Werftarbeiter ausgebrochen.

Vermischtes.

Berlin. Die Zeugenvernehmung über die Vollgelderbeschlagnahme im Untersuchungsamt der preussischen Landesversammlung erag gestern u. a., daß von einer aus Rumänien eingeschiffenen großen Selbstsendung auf dem schlesischen Bahnhofs durch Eichhorn'sche Sicherheitsmannschaften fünf bis sechs Millionen Mark geraubt wurden.

Christiansa. Die frostigen Lager von Heringsmehl und Schellfischmehl in Frogner und Ödöngren sind für 1 1/2 Millionen Kronen nach Deutschland verkauft worden. Es handelt sich um 3000 Tonnen Heringsmehl u. 1000 Tonnen Schellfischmehl zu je 350 Kronen per Tonne, sowie um 5 bis 6000 Tonnen Weißfischmehl zu 350 Kronen per Tonne. Der Käufer ist eine deutsche Genossenschaft.

Berlin. Wie die „S. Z. am Mittag" meldet, sind in Hohenstaubhausen 2 Schuppen der deutschen Bergbau-Gesellschaft, in denen Aluminat, Sprengpulver und Pulver lagerten, infolge eines Brandes in die Luft geflogen. Ein dritter Schuppen ist stark geschädigt. Infolge der Explosion wurden im Umkreis von mehreren Kilometern die Fensterheben zertrümmert. Die Explosion ist anscheinend auf Brandstiftung zurückzuführen.

Ein Prinz als Bankbeamter. Prinz August Wilhelm von Preußen ist in ein Bankgeschäft eingetreten.

München. Vom Landgericht München wurde nach dreitägiger Verhandlung der Studentenstreikführer Ernst Keller als Samoschist Kreis Bromberg wegen Verbrechen des Hochverrats unter Annahme von milderen Umständen zur gesetzlich zulässigen Mindeststrafe von fünf Jahren Festungshaft verurteilt. Eine eheliche Bestrafung konnte bei dem Angeklagten nicht festgestellt werden, wohl aber mildere Umstände, die auch strafmildernd wirken.

Hamburg. Nach den Bestimmungen der Woffenstillhandelskommission sind bisher von den in Hamburger Hafen liegenden oder in Hamburg beheimateten Schiffen 103 Dampfer mit einem Gesamttonnage von 1 162 531 Nettotonnen an die Entente zur Ablieferung gekommen.



Allgem. Ortskrankenkasse für den Oberamtsbezirk Nagold.

Wie schon bekannt, daß
Herr Dr. med. Grundler,
 Spezialarzt für Frauenkrankheiten in Nagold,
 als Kassenarzt zugelassen ist.
 Nagold, den 16. Juli 1919.
 Vorl. des Vorstandes: **Wilm. Benz** **Berwalter: Benz.**

Volksbibliothek Nagold.

Um während der Ferien die Bibliothek neu ordnen zu können, bitte ich um
Rückgabe sämtlicher Bücher
 bis spätestens Samstag, den 26. Juli. 167
 Sandler.

Turnverein Nagold.

Morgen
 abends Probe
 der
**Tänzer-
 Riege**
 u. Monatsversammlung
 im Lokal des Herrn
 Gumbel, Nagold, 344
 Ehrliche und herzlichste
 Einladung wird erbeten.

Verloren

ging am 1. d. M. ein
 Damentasch
 mit dem Aufsatz
 „Köhle“ die
 zum Besitz der
goldene Brosche
 mit rotem Stein, 345
 Der rechtl. Finder
 dieselbe gegen
 Belohnung in
 der Höhe von 10
 Mark abzugeben.

Nagold.
 Einen Wagen 296

Frässpäne

zur Säure hat
 unangenehm,
 sowie 30 Rm. tauchen

Scheiterholz,

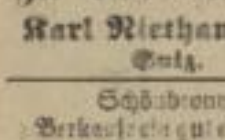
vord. Hans geliefert.
Firma Martin Koch.

Habe im Auftrag ein
 gut erhaltenes 329



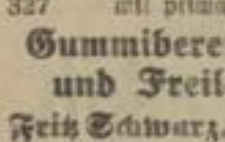
**Fahr-
 Rad**

mit Gummiberei-
 fung und Freilauf
 zu verkaufen.
Karl Niehammer,
 Gm. 327



**Fahr-
 Rad**

mit Gummiberei-
 fung und Freilauf.
Heinz Schwarz, Schmid
 Böfingen.
 Habe 2 noch gut erhalten



**Fahr-
 Rad**

mit Freilauf
 und guter
 Gummiberei-
 fung zu
 verkaufen.
Matth. Kaiser.



**Fahr-
 Rad**

340

Transportable

**Hausbacköfen,
 Herde** mit Back-
 einrichtung,
Fleischränder

mit und ohne 123
 Einrichtung z. Obdörren,
 sämtliche

**milchwirtschaftliche
 Maschinen u. Geräte,
 Säugpumpen,**

Maschinenöle
 (Kannen einfenden)
 empfiehlt

Johs. Werner,
 Nagold.

**Für Schreinermeister:
 la. Schellack-Mattierung u.
 Copal-Mattierung,
 la. Schellack-Politur und
 Copal-Politur**

hat stets auf Lager
 und empfiehlt 199

K. Ungerer.

152 **Achtung!**
Zieh-Harmonikas



Alle können
 auf Neue
 ergekauft
 werden.
 Preis
 37

**Stück gebrauchte (we. Schle-
 bere Fabrika), 15- u. d. aus-
 ländische) billig zu verkaufen.
 F. G. u. M. Fohner,
 Zieharmonikamacher
 Pforzheim, Bergstr. 27.**

Nagold.
 Einen Waj 293



Milchschweine
 verkauft am Samstag,
 den 19. ds. Mts. vor-
 mittags 11 Uhr
Hug. Schwarzkopfs Ww.

Ihre Verlobung beehren sich nur auf
 diesem Wege anzuzeigen:
Maria Nicklas geb. Koch
Paul Haussmann
 Pianofortefabrikant
 in Firma G. Elias Stuttgart
 und
 Sägewerksbes. Nagold Fr. Rentschlers Nachf.
 338 Juli 1919
 Stuttgart Stammheim-Nagold.

Oberjettingen.

Hochzeits-Einladung.
 Zur Feier unserer edelichen Verbindung beehren
 wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte auf
Dienstag den 22. Juli 1919
 in das Gasthaus zur „Traube“ freundlichst einzu-
 laden. 315

Jacob Höhm **Marie Benz**
 Bauer Tochter des
 Sohn des Jakob Höhm + Johannes Benz
 Bauer in Oberjettingen. Bauer in Oberjettingen.
 Abgang 1/2 12 Uhr

Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung
 entgegenzunehmen.

Wildberg-Weilheim.

Hochzeits-Einladung.
 Wir beehren uns hiermit, Verwandte, Freunde
 und Bekannte zu unserer am 297
Samstag den 19. Juli 1919
 stattfindenden Hochzeitsfeier in die Restauration
 zur „Rose“ in Wildberg freundlichst einzuladen.

Georg Baugner **Bauine Herold**
 Wildberg. Weilheim.
 Abgang 12 Uhr.

Wir bitten, dies statt besonderer Einladung ent-
 gegenzunehmen.

**Suche noch einen Posten
 Kartoffeln**

und erbitte Angebot 341
Posthotel Nagold. Paul Luz.

Haiterbach.
 Eine gute
Rug- und Schaffau
 hat zu verkaufen 342
Christian Gutkunst v. Spital.

Nagold.
**Kautabak
 Schnupftabak**
 empfiehlt 343
Albert Raaf
 Bohlenstr. 52.

Zieharmonikas
 Alle können ungeachtet
 werden gegen Neue. Dagegen
 sind 42 Stück gebrauchte
 von verschiedenen Fabrik-
 katen. In- und Ausländi-
 sche, billig zu verkaufen
 bei Zieharmonikamacher
Fohner u. Fohloser
 Pforzheim, Bergstr. 27. (246

Sunghühner
 noch größere Anzahl abzu-
 geben. Landstraße. 6-7 Mo-
 nat alt, 4 18-20 A
Jungenten, 6-8 Wochen
 alt, 12-15 A
Kaffeegeflügelhof Wagner,
 Enzweihingen, Wabg.

Gesangbücher
 bei G. W. Zaiser, Nagold.

**Bund für
 Dreigliederung des sozialen Organismus.
 Wildberg.**

Sonntag, den 20. Juli abends 7 Uhr
Vortrag

im Saal des Schwarzwaldhotels.
 Thema: 324
**„Die Wirklichkeitsgrundlagen des sozialen
 Zusammenlebens der Menschen.“**
 — Eintritt frei. —

Turnverein Haiterbach.

Am nächsten Sonntag, den 20. Juli,
 hält der Nagold-Gau ein
Gauwettturnen

hier ab, wozu Freunde und Gönner
 der Sache freundl. eingeladen werden.
Programm.
 9 Uhr Empfang der Gauvereine.
 10 Uhr Festzug.
 11 1/2 Uhr Beginn des Wettturnens.
 Nachm. 4 Uhr Preisverteilung. 304

Karussell u. Schiffschaukel sind am Platze.

W. Beeri.

I. u. C. Träger
 werde wieder erlegengennommen.
 Für rasche Lieferung bitte baldmöglichst besorgt.

Herrenberg.

VORANZEIGE.
 Einem geehrten Interessentenkreis aus Stadt
 und Bezirk teile ich mit, daß ich z. Bt. mit dem
 Bau einer neuzeitlichen

Kunden-Olmühle

beschäftigt bin und die Berechtigung habe, **Mohn,
 Reys, Leinsaat, Bucheckern** usw. für Selbst-
 verfolger der Oberamtsbezirke: Herrenberg, Böb-
 lingen, Calw, Nagold, Hord, Rottenburg und
 Tübingen zu verarbeiten.

Bermöge meiner besonders starken, den höchsten
 Druck aushaltenden Pressen, sowie der übrigen
 vorzüglichen Einrichtung, verbunden mit sachmäs-
 siger Behandlung eines erfahrenen Dehmüllers
 werde ich in der Lage sein, die höchstmögliche
 Ausbeute in la. haltbarer Qualität zu erzielen.

Die Inbetriebnahme, die voraussichtlich anfangs
 August erfolgen kann, wird bekannt gegeben.
 Für mit der Bahn ankommende Kundenschaft
 die denkbar günstigste Gelegenheit, da mein An-
 wesen direkt am Bahnhof liegt.

Ich bitte, mir auch zu diesem Unternehmen
 Vertrauen entgegen bringen zu wollen, das ich
 jederzeit durch aufmerksame und gewissenhafte Be-
 dienung rechtfertigen werde. 325

Christian Kehrler,
 Mehlhandlung,
 Fernsprecher Nr. 68.

Nagold.
**Verkauf 7 Stück junge
 Gänse.**
 290
Zanter im Schiff.

Für Gastwirte!
 Sonntagabend der Ge-
 samtmittag des Ober-
 amts Nagold „Regelung
 des Fremden-Verkehrs“
 wird zum Preise von
 30 A abends bei 309
G. W. Zaiser, Nagold.